



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 25.04.2018, 18:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- **Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen
das Land Baden-Württemberg**
- **ÖPNV Doppelstrategie**
- **Ausbau der Elektromobilität**
- **Ausbau der Fahrradinfrastruktur**
- **Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur**

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Das Gremium zeigt sich mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden. OBM Spec ruft TOP 1 auf und teilt mit, dass die Präsentation der Presse übermittelt worden sei. Zudem verweist er auf den Internetauftritt und die kürzlich abgehaltene Gemeinderatsklausur. Soweit vertiefte Informationen gewünscht werden, solle man auf die Verwaltung zugehen. Zusammenfassend fährt er anhand einer Präsentation fort. Dieses liegt dieser Niederschrift bei. OBM Spec geht auf den Dieselpakt ein. Die Diskussionen um mögliche Fahrverbote, aufgrund der EU Vorgaben zu Schadstoffgrenzwerten, stünden seit Mitte 2017 im Fokus, so OBM Spec. Weiter geht er auf die Grenzwerte in Ludwigsburg ein. Mit verschiedenen Maßnahmen wolle man spätestens in den nächsten drei Jahren den kritischen Wert unterbieten. Er geht auf die vermehrte Beschaffung von Elektrofahrzeugen, Ausbau der Elektroladeinfrastruktur, wie auch die Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur und die Einführung eines Managementkonzeptes für die Parkierung, ein. Zur Doppelstrategie teilt er mit, dass ein Treffen im Landesverkehrsministerium stattgefunden habe. Hier konnte ein Durchbruch erzielt werden. Man habe die Chance in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren mit Bundesfördermitteln ein schienenbasierendes System einzuführen und schneller und flexibler Angebote mit einer Schienenreaktivierung, auf der Basis neuester Technologien, zu schaffen. Weiter geht er auf die Vergünstigung von Fahrtickets im ÖPNV ein und merkt an, dass ohne strukturelle Verbesserung nur eine bedingte Wirksamkeit erreicht werden könne, da er mit einer Überlastung in den Spitzenzeiten rechne. Mit dem Landkreis sei ein arbeitsteiliges Verfahren vereinbart. Die Stadt treibe, im Konsens mit allen am Verfahren Beteiligten, die Reaktivierung und Einführung des schienenlosen Stadtbahnsystems voran. Hier stehe man im Zeitplan. Durch die Bündelung beider Systeme habe man die Chance auf eine Bundesförderung.

BM **Ilk** verweist auf die Vorlage 443/17 und die hierzu erfolgte Berichterstattung. Weiter weist er darauf hin, dass sich regelmäßig Lenkungsgruppen austauschen. Ebenso solle eine Finanzierungsvereinbarung über die Planungskosten für die Reaktivierung des BRT Systems getroffen werden. BM Ilk fährt in der Präsentation fort und geht auf die verschiedenen Möglichkeiten der Trassenführungen des BRT, Westexpress, Ludwigsburgticket, wie auch der Ausbau der Radinfrastruktur ein. BM Ilk zeigt sich erfreut, dass die Alleenstraße als Fahrradstraße

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- **Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg**
 - **ÖPNV Doppelstrategie**
 - **Ausbau der Elektromobilität**
 - **Ausbau der Fahrradinfrastruktur**
 - **Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur**
-

sehr gut angenommen werde. Zeitnah sei vorgesehen, die Themen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu behandeln.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass es selbstverständlich sei, dass auf der Basis der bisherigen Gespräche und auf der Basis der ausgearbeiteten Planungsvorleistungen, sowie ersten Kostenschätzungen und ein möglicher Kostenverteilungsschlüssel, die Vertreter der Gremien zu einem gemeinsamen Dialog eingeladen und ein Austausch über die Gemarkungsgrenzen hinaus stattfinden werde. OBM Spec eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** merkt an, dass heute eine sinnvolle Mobilitätsdebatte stattfinde. Vorausgehend sei die Klage der Umwelthilfe, diese er gegen die Stadt Ludwigsburg juristisch nicht korrekt sehe. Dies sei ein Geschäftsmodell der Umwelthilfe, um Fahrverbote durchzusetzen, so Herrmann. Er spricht die Fortschritte in der Luftreinhaltung der Stadt an, weist aber auch auf den überschrittenen Stickstoffoxidgrenzwert hin. Durch die Umsetzung des Luftreinhalteplanes habe man, auch ohne Verbote, gute Verbesserungen erreicht. Er wolle ein miteinander der Verkehrssysteme. Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und Individualverkehr sollen nebeneinander bestehen. Er wolle Fahrverbote vermeiden. Weiter geht er unter anderem auf die Themen Carsharing, Westexpress, Umrüstung städtischer Fahrzeuge, Ladeinfrastruktur für die Elektrofahrzeuge, Digitalisierung, wie auch die Einführung eines Stadttickets und die Umrüstung der Busflotte, ein. Er fordere einen vernünftigen Ausbau der Radwege. Negativ sehe er den Ausbau der Marbacher Straße. Genau müsse geprüft werden, ob durch die Alleenstraße als Radweg der Autoverkehr auf andere Straßen verlagert werde. Er sei für eine weitere Planung zur Reaktivierung der Bahnlinie mit einem umweltfreundlichen Bahnsystem. Er wolle wissen, ob die Doppelstrategie förderschädlich sei. Hier wolle er eine Klärung. Weiter geht er auf die Themen BRT-System, Trassenführung, wie auch die Finanzierung, welche zunächst in den Verwaltungen abgestimmt werden solle, ein. Deutlich schneller umzusetzen sei der Einsatz der BRT Busse im Gegensatz zur Stadtbahn, so Herrmann. Wichtig sei, dass alle Gemeinderäte der betroffenen Kommunen bis zur Sommerpause auf einem gleichen Informationsstand seien und ein gemeinsamer Termin anberaunt werde. Im Verlauf geht er auf die Themen Verflüssigung des Verkehrs, Verkehrsrechner, grüner Pfeil, Standstreifenfreigabe der A81, Bau der Westrandstraße, Tiefgaragenflächen, Umfahrung Nord-Ostring, Ergänzung der Messstellen, Alternative Antriebsysteme und technische Nachrüstung der Dieselfahrzeuge, ein. Anmerken wolle er zum Antrag der Grünen auf Einführung einer blauen Plakette, dass er darin eine Zwangsenteignung und ein Durchführungsinstrument für Fahrverbote sehe. Er lehne Fahrverbote ab. Mobilität bedeute Teilhabe am Leben und persönliche Freiheit. Ludwigsburg sei auf einem guten Weg, so Herrmann. Er geht davon aus, dass die Grenzwerte eingehalten werden können. Mit praktischen Maßnahmen müssen die Themen angegangen werden, ohne Verbote und ideologischen Vorgaben. So könne man die Mobilität erhalten mit einer deutlich sauberen Luft als in der Vergangenheit. Herrmann nennt beispielhaft Probleme aus der Vergangenheit, wie das Waldsterben, Feinstaub und den Sommersmogalarm.

Stadtrat **Prof. Vierling** macht inhaltliche Anmerkungen zu den Plänen der Verwaltung. Er brauche ein klares Zeitraster und Vorstellungen zur ÖPNV-Doppelstrategie. Wann werden die ersten Züge bei der Reaktivierung fahren, will er wissen. Ebenso zum Thema BRT Trassen. Er wolle wissen, ob die BRT Trasse lediglich eine Zwischentechnologie sei und die Trasse später für die Stadtbahn

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg
 - ÖPNV Doppelstrategie
 - Ausbau der Elektromobilität
 - Ausbau der Fahrradinfrastruktur
 - Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur
-

genutzt werde. Es gebe noch viele offene Fragen. Zur Klärung könne ein Stadtbahngipfel beitragen, so Prof. Vierling. Er sehe bereits heute eine Möglichkeit für die schnelle Einführung einer Busbeschleunigung und Bevorrechtigung. Dies sei eine Verflüssigungsmaßnahme. Ebenso wichtig seien die Fußwegeverbindungen und die Investition in Radwege, sowie eine schnelle Umsetzung des Radroutenkonzeptes. Zunächst die Schulradwege zum Bildungszentrum West und zum Innenstadtcampus. Es dürfe keine Verzögerung mehr geben, der Umsetzungsstand sei noch kläglich. Zusätzlich müssen kleinräumige Maßnahmen umgesetzt werden. Mängel seien bereits der Verwaltung genannt worden. Zu den Radschnellwegen wolle er Streckenvorschläge sehen. Auch hier wünsche er eine verlässliche Zeitschiene. Man müsse sich vom Verbrennungsmotor abwenden. Nur so könne bis zum Jahre 2050 Ludwigsburg klimaneutral werden. Der Strom müsse regenerativ erzeugt werden. Weiter benötige man mehr Ladesäulen im öffentlichen Raum. Wichtig sehe er ebenso die Ladezone in der heimischen Garage und der Abbau von Unsicherheiten im Bezug auf die Nutzung von Elektroautos. Als Anreiz schlägt er die Ausgabe von Gutscheinen für Elektrofahrstunden vor. Er fordere die Komplettelektrifizierung der Taxis, Busverkehr, sowie der städtischen Autos. Weiter geht er auf die Digitalisierung und das Parkraummanagement ein. Eine Vorabreservierung, wie auch die Staffelung der Parkgebühren je nach Andrang, seien Maßnahmen um eine Überkapazität im Parkplatzbau zu verhindern. Die Idee der Verflüssigung des Verkehrs durch Ampelschaltungen mache ihn stutzig, da hiermit der Verkehr auf andere Stellen verlagert werde. Er habe den Eindruck, dass an den Messstellen der Rückstau verhindert werden solle. Dies halte er für einen Taschenspielertrick. Eine kleinräumige Umverteilung des ausgestoßenen Stickoxides sei nicht sinnvoll. Weiter fehle ihm das Bekenntnis zum Carsharing. Man brauche ein dichtes Netz von Leihautos. Ein kostengünstiger ÖPNV sei eine schnelle und wirksame Maßnahme, wie ein kostenloser Samstagsbus und höhere Parkgebühren. Der Einzelhandel solle nicht nur die Autofahrer begünstigen. Die Maßnahmen der Verwaltung gehen in die richtige Richtung. Dennoch sei er skeptisch, da die Maßnahmen sehr orientiert an den Bundesförderprogrammen seien. Die Eigenbeteiligung, wie auch weitere Maßnahmen und deren Kosten, interessieren ihn. Weiter wolle er Klarheit über die Maßnahmen zur Senkung der Stickoxidwerte, hierzu wolle er Wirkungsprognosen und zu welchem Zeitpunkt das Maßnahmenpaket Beschlussreife habe. Zur Klage der Umwelthilfe wolle er weitere Informationen bezüglich einer Klageerwiderung. Der Luftreinhalteplan sei bereits veraltet und die Werte müssten zum Schutz der Gesundheit deutlich niedriger sein. Weiter geht er auf den gestellten Antrag ein, dass schnelle geeignete Maßnahmen getroffen werden sollen. Hier erwarte er das Wirkungsgutachten. Der Gesundheitsschutz solle nicht nachlässig betrieben und der Autoindustrie nicht weiter Vorrang eingeräumt werden. Hier müsse das Verursacherprinzip greifen. Für die Schadensbeseitigung müssten die Dieselautohersteller aufkommen. Ludwigsburg müsse die Ansätze des Deutschen Städtetages unterstützen und spricht die Blaue Plakette an. Er weist auf die täglichen Pendler hin und nennt praktische Ideen, wie eine Wohnungstauschbörse, VVS Info für Neubürger, Gratistickets, wie auch vermehrt Fahrgemeinschaften. Man benötige ein schlüssiges Verkehrskonzept.

OBM **Spec** äußert sich zum Statement des Vorredners und fordert das Unterlassen von Parolen, wie der Vorwurf der Taschenspielertricks. Hiermit werde das Ansehen der Verwaltung beeinträchtigt.

Die Verkehrspolitik in Deutschland stecke in einer Sackgasse, so Stadträtin **Liepins**. Im Nahverkehr

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- **Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg**
 - **ÖPNV Doppelstrategie**
 - **Ausbau der Elektromobilität**
 - **Ausbau der Fahrradinfrastruktur**
 - **Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur**
-

müsse es für den Autoverkehr Alternativen geben. Die alternativen Verkehre in der Stadt müssen schnell wirksam werden. Mit dem 1,-Euro Ticket sei ein Anfang gemacht. Die SPD werde weiterhin Ideen einbringen. Die Stadtbahn werde gewollt, auch wenn die Umsetzung dauere. Sie sei leise und habe eine große Transportkapazität, ebenso sei die Erweiterung über Land und die Anbindung weiterer Städte möglich. Die BRT Busse werden vermutlich eine Stadtbahn auf der Ostseite der Stadt verhindern. Sie sehe zu viele Nachteile in den Betontrassen und großen Bussen, neben dem bisherigen Busnetz. Man benötige neue Wagen und neue Betriebshöfe. Zudem haben die Nachbarkommunen andere Interessen. Die SPD Fraktionsvorsitzenden fordern ein Treffen aller Beteiligten. Busse seien in Ludwigsburg unverzichtbar. Man habe bereits ein enges Netz mit dichter Taktung. Hier müsse verbessert werden, da der Nahverkehr in der Stadt nur durch die Busse gestärkt werden könne. Wichtig sei für sie weiterhin die Zusammenarbeit mit einem seriösen und verlässlichen Busunternehmen. Es müsse eine vernünftige Anbindung aller Stadtteile geben. Die Tarifgestaltung müsse verbessert werden. Weiter solle über eine kostenlose Busnutzung bei Großveranstaltungen und besonders frequentierten Tagen in der Stadt nachgedacht werden. Die Busse sollen vorrangig fahrberechtigt sein. Notwendig sehe sie den Ausbau der Elektromobilität und dies könne relativ schnell umgesetzt werden. Erweiterungskapazitäten sehe sie im Fahrrad. Das im Jahre 2014 beschlossene Radwegekonzept mit dem geplanten 10-Jahreszeitraum sehe sie bisher als gescheitert. Man sei momentan am Bau der ersten Route. Die Routen sollen über Wohngebiete und kleinere Straßen geführt werden. Für die Alleen- und Friedrich-Ebert-Straße wünsche sie eine vernünftige und verbindliche Lösung. Kleinere Maßnahmen in der Innenstadt sehe sie als schnell umsetzbar. Die Fahrradschnellwege sehe sie für den überregionalen Radverkehr als sinnvoll. Dennoch benötige man keine neuen Fahrradautobahnen. Viele Strecken gebe es bereits. Die Maßnahmen für die Fußgänger seien schnell umsetzbar. Sie nennt unter anderem unbeleuchtete Unterführungen, steile Brücken und Bänke an schattigen Stellen. Nur ein Mix aus Verbesserungen mit vielen sofort wirksamen Maßnahmen ermögliche einen menschengerechten Verkehr unter Einhaltung der Grenzwerte. Zum autonomen Fahren und Smart City Cloud werde sie heute keinen Beitrag leisten. Bei der Digitalisierung hoffe sie auf den Datenschutz. Zum Antrag der Grünen- Fraktion wünsche sie eine getrennte Abstimmung. Sie könne lediglich Abschnitt 1 zustimmen.

Stadtrat **Weiss** merkt an, dass die heutige Diskussion mit der Klage der Umwelthilfe zusammenhänge. Um die Grenzwerte einzuhalten müsse schnell gehandelt werden. Er geht auf die Digitalisierung und Elektromobilität ein. Hier spricht er unter anderem die Themen Förderung der Ladeinfrastruktur, Beschaffung von Elektrobussen und Nachrüstung von Dieselnissen an. Im Bezug auf die Dieselfahrzeuge müssen die wirtschaftlichen Vergleiche beachtet werden. Weiter nennt er die Themen Smart City Cloud, Straßenerhaltung, Flüsterasphalt, Verkehrsrechner, sowie auch bestehende Rad- und Fußwege zu verbessern, auszubauen und neue Nebenstrecken schaffen. Hier denke er auch an die Pendler innerhalb der Stadt. Er hoffe, dass das Projekt Regio Rad angenommen werde. Die Rampenlösung am Bahnhof, Barrierefreiheit, Unterführung wie auch die Lichtsignalanlage sei für die Fußgänger gut. Beim ÖPNV solle das bisherige Netz erhalten bleiben. Die Markgröninger Bahn wolle er in einen Ostexpress und Westexpress trennen. Hier sehe er eine schnelle effektive Umsetzung. Der ÖPNV Gipfel müsse dringend stattfinden. Dringend notwendig sehe er die Vorlage der Kosten und ein Kostenvergleich. Eine simultane Trassenführung durch die Oststadt sei ein gutes Hilfsmittel um eine Vorstellung über die Alternativen zu erhalten. Das geplante Stadtticket sei eine gute Maßnahme, wie auch die VVS Tarifreform. Um die

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- **Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg**
 - **ÖPNV Doppelstrategie**
 - **Ausbau der Elektromobilität**
 - **Ausbau der Fahrradinfrastruktur**
 - **Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur**
-

Grenzwerte schnell zu unterschreiten, werden die Maßnahmen zum Nord-Ostring, Erweiterung der A81, Parkhäuser am Rande der Stadt, wie auch das Verkehrskonzept Innenstadt in Verbindung mit der zentralen Innenstadtentwicklung unterstützt. Mit dem Sofortprogramm sei man auf einem realistischen Weg die Grenzwerte zu unterschreiten. Dem Antrag der Grünen-Fraktion könne er nicht zustimmen.

Ebenso werde Stadtrat **Eisele** den Antrag der Grünen-Fraktion ablehnen. Er sehe darin eine Abstrafung der Autofahrer und die Blaue Plakette diene zur Überwachung der Fahrverbote. Die Autoindustrie müsse mehr in die Pflicht genommen werden. Bewusst seien von der Autoindustrie die Grenzwerte nicht eingehalten worden. Es müsse nicht nur eine Software-, sondern auch eine Hardwareumrüstung angeboten werden. Die Anreize der Autoindustrie seien nicht weitreichend genug. Man müsse versuchen den Verkehr aus der Innenstadt zu bringen. Ein vernetzter ÖPNV und die digitale Verkehrsführung seien eine Möglichkeit die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt zu verbessern. Weiter geht er auf mögliche synthetische Kraftstoffe ein. Der Ausbau der Elektromobilität sei ein wichtiger Baustein. Dies solle jedoch durch weitere Techniken, wie die Brennstoffzelle ergänzt werden. Im Schienen- und Busverkehr gebe es gerade für Ludwigsburg interessante Innovationen. Er stehe zum BRT System. Im Gegensatz zur Schiene könne dies schnell eingerichtet werden. Fahrverbote sollen verhindert werden.

Ein ehrliches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer wünsche sich Stadträtin **Dziubas**. Sie sehe eine Bevorzugung der Autofahrer. Die Radstraßen sollen nicht in Frage gestellt werden. Die Radrouten sollten kurze, sichere und schnelle Verbindungen gewährleisten. Busspuren können schnell eingerichtet werden. Offenheit und Ehrlichkeit aller Beteiligten sei wichtig. Sie wünsche sich ein autofreier Arsenalplatz, wie auch die Wilhelmstraße frei von Individualverkehr. Das verbilligte Tagesticket könne dazu führen, dass keine Ersatzparkplätze benötigt werden. Über Fahrverbote entscheide nicht der Gemeinderat. Sie sehe eine Bestrafung der Dieselaufkäufer. Zum Buslos 7 hoffe sie auf den Gewinn eines bekannten Busunternehmens. In der Ausschreibung fehle ihr ein Vermerk auf den Erhalt der bisherigen Standards. Sie merke an, dass Absprachen im Ältestenrat besser kommuniziert werden sollen. Hier sei eine Redezeitvereinbarung getroffen worden.

Stadträtin **Burkhardt** geht auf den Luftreinhalteplan ein. Bisherige Vorschläge, wie ein gemeinsames regionales Verkehrskonzept, generelle Senkung des Tempolimits, Umstellung des städtischen Fuhrparks, sowie Begrünungsmaßnahmen scheiterten an dem mangelnden politischen Umsetzungswillen. Lobend erwähnt sie die Ludwigsburger Verkehrslinien, welche ein Teil ihrer Flotte umweltfreundlich umgerüstet habe. Sie sehe es als Schande für die Verkehrspolitik, dass erst durch die Klage der Umwelthilfe neu nachgedacht worden sei. Die Förderung der Fußgänger fehle noch immer. Hierzu liegen bereits konkrete Maßnahmen vor. Weitere Vorschläge zur Begrünung der Stadt fehlen noch, so Stadträtin Burkhardt. Die Wirkung der Mooswände sei begrenzt und sehr kostenintensiv. Die BRT Fahrzeuge benötigen Betonpisten und bei den Elektrofahrzeugen spricht sie die problematische Batterieerzeugung an. Man solle auf andere Angebote ausweichen, beispielhaft nennt sie Wasserstoffmotoren. Bei der Gesamtentwicklung einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt fehlen ihr soziale und ökologische Aspekte. Es müsse ein Umdenken in Richtung einer neuen Mobilität erfolgen. Es seien zu viele Autos in den Städten. Dies sei der straßenbauorientierten Verkehrspolitik der vergangenen Jahre zuzuschreiben. Mit dem Tagesticket gehe man den richtigen Weg. Sie wünsche eine schnelle und

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg
 - ÖPNV Doppelstrategie
 - Ausbau der Elektromobilität
 - Ausbau der Fahrradinfrastruktur
 - Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur
-

pragmatische Umsetzung. Dem Antrag der Grünen-Fraktion werde sie zustimmen. Sie sehe diesen als Anregung zum Handeln.

Stadtrat **Lettrari** geht auf den Wortbeitrag von Stadtrat Prof. Vierling ein. Diesen habe er inhaltlich, bis auf den Hinweis der Taschenspielertricks, als gut empfunden. Weiter geht er auf die Blaue Plakette ein, von dieser halte er persönlich nichts. Er geht auf seinen persönlichen Autokauf ein und kritisiert die Politik. Zudem teilt er mit, dass er für eine autofreie Wilhelmstraße sei. Durch das Parkhaus Schillerstraße sehe er dies unproblematisch. Außerdem spricht er den Durchgangsverkehr auf der B27 und der Friedrichstraße ein. An der Fuchshofstraße sei dringend ein Parkhaus notwendig. Dies müsse beraten werden. Der Durchgangsverkehr solle um Ludwigsburg herum geleitet werden und für die Innenstadt solle der ÖPNV genutzt werden. Den Umbau der Marbacherstraße sehe er positiv.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass im Detail in den Ausschüssen beraten werde. Die heutige Debatte und Statements können teilweise nicht nachvollzogen werden. Hier spricht er den Beitrag von Prof. Vierling an. Für eine wirksame Verbesserung der Luftqualität müsse mehr gemacht werden. Wichtige Maßnahmen seien im Antrag der Grünen-Fraktion nicht aufgegriffen. Weiter spricht er die letztjährige einstimmige Abstimmung zur Doppelstrategie an. Er wundere sich, warum jetzt Teile der Doppelstrategie in Frage gestellt werden. Zu diesem Thema spricht OBM Spec zudem Stadträtin Liepins an. Man habe sich auf die Doppelstrategie verständigt. Nach einem Beschluss müsse dies verlässlich für die Partner sein. Weiter spricht er die Überlastung der Busse in den Spitzenzeiten an. Man brauche eine wirksame Verbesserung der ÖPNV Infrastruktur. Die Doppelstrategie werde umgesetzt. Die Trassen seien später für eine Schienenlösung geeignet. Wenn vom Bürger das schienenlose System angenommen werde, müsse über das zusätzliche schienengebundene System nachgedacht werden. Man werde die Themen mit einer hohen Intensität vorantreiben. Er sei der Meinung, dass der Vorschlag der Verwaltung mehr Maßnahmen bringe, als der Antrag der Grünen-Fraktion.

Stadtrat **Prof. Vierling** zeigt sich erstaunt über den heftigen Beitrag von OBM Spec. Er sehe es als nicht seriös, wenn die Luft an anderen Stellen gemessen werde. Ihm schien die Maßnahme darauf hinauszulaufen. Dies habe er mit einem Taschenspieler in Verbindung gebracht.

OBM **Spec** fordert eine Entschuldigung bezüglich dieser Aussage. Er wolle den Vorwurf zurückweisen. Hier werde ein falscher Eindruck erweckt. Zum Konzept gehöre die Beschaffung von 30 Umweltmessboxen. Eine Belastung werde somit nicht verschoben.

Stadtrat **Prof. Vierling** sieht die im Antrag genannten Maßnahmen lediglich exemplarisch. Er habe erkannt, dass die Blaue Plakette nicht gewollt sei und wolle seinen Antrag modifizieren. Er formuliert die Modifizierung.

OBM **Spec** verweist auf die Präsentation. Hier seien die beantragten Förderprogramme genannt. Die Maßnahmenpakete seien dem Regierungspräsidium bereits vorgelegt worden.

Stadträtin **Liepins** wolle klarstellen, dass sie die Blaue Plakette und Fahrverbote nicht wolle. Weiter geht sie auf das Thema BRT ein, hier sehe sie keine schnelle Maßnahme. Der Doppelstrategie

TOP 1

Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung

- Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg
 - ÖPNV Doppelstrategie
 - Ausbau der Elektromobilität
 - Ausbau der Fahrradinfrastruktur
 - Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur
-

habe sie zugestimmt, da sonst die Befürchtung bestand, dass die Stadtbahn nicht weiterverfolgt werde.

OBM **Spec** merkt an, dass das BRT System ein Teil des Maßnahmenpaketes sei. Hierauf sei mehrfach hingewiesen worden. Er geht erneut auf die Überlastung in den Spitzenzeiten ein. Die Leistungsfähigkeit des ÖPNV müsse verbessert werden.

Stadträtin **Burkhardt** wolle wissen, welche Anträge an die Ministerien gestellt worden seien. Dies solle in schriftlicher Form erfolgen. Weiter geht sie auf den damaligen Beschluss zur Doppelstrategie ein. Bereits damals sei diesbezüglich Kritik geäußert worden, vor allem zu den Betonrassen. Ihrer Meinung nach passe der BRT Bus nicht zur Stadt Ludwigsburg.

OBM **Spec** weist auf die Klausurtagung hin. Hier seien die Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Soweit diese erneut benötigt werden, solle dies mitgeteilt werden. OBM Spec geht auf die Nachteile im Unterbau der schienengebundenen Stadtbahn ein. Das schienenlose System könne ebenso auf bestehenden Asphaltstraßen fahren.

Auf den Antrag der Grünen-Fraktion geht Stadtrat **Herrmann** ein. Der Antrag sei nur in Verbindung mit der Begründung sinnvoll. Pauschal könne er nicht zustimmen und spricht beispielhaft die Erhöhung der Parkgebühren an. Dies wolle er nicht unterstützen. Vieles sei eine Selbstverständlichkeit.

Stadtrat **Prof. Vierling** sieht hier eine ernsthafte Signalisierung nach außen, dass die Werte zur Luftreinhaltung eingehalten werden. Er werde in seinem Antrag den Absatz mit der Blauen Plakette streichen und hoffe auf einen Konsens. Ebenso können in der Begründung ab „das Maßnahmenpaket“ Streichungen vorgenommen werden. Ziel sei keine weitere Verzögerung, sondern eine rasche Umsetzung. Man wolle ein klares Zeichen, auch hinsichtlich eines etwaigen Gerichtsverfahrens, setzen.

OBM **Spec** merkt an, dass bei einem Beschluss über schnelle und geeignete Maßnahmen, dennoch Fakten für das Gericht zu liefern seien.

Stadtrat **Weiss** ärgert sich über die Debatte und fordert diese zu beenden.

Stadtrat **Eisele** fügt hinzu, dass alle sich für eine saubere Luft einsetzen und hierzu kein Antrag notwendig sei.

Um für die Umwelt sich einzusetzen, müsse man nicht unbedingt der Grünen-Fraktion angehören, so Stadtrat **Link** und spricht hiermit direkt Stadtrat Prof. Vierling an.

Sobald die Förderbescheide vorliegen, werden konkrete Maßnahmen beschlossen, so OBM **Spec**.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

OBM **Spec** lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird mit

- TOP 1** **Mobilitätsdebatte im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung**
- **Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Baden-Württemberg**
 - **ÖPNV Doppelstrategie**
 - **Ausbau der Elektromobilität**
 - **Ausbau der Fahrradinfrastruktur**
 - **Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur**
-

4 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Stadtrat **Prof. Vierling** formuliert seinen Antrag mit den Änderungen wie folgt: Die Stadt Ludwigsburg trifft schnelle und geeignete Maßnahmen, die sicherstellen, dass die geltenden Grenzwerte für Stickoxide in der Außenluft noch im Jahr 2018 eingehalten werden. Sie legt dem Regierungspräsidium bis Mai 2018 entsprechende Vorschläge zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans vor. In der Begründung werde der Text ab das Maßnahmenpaket gestrichen.

OBM **Spec** stellt den modifizierten Antrag zur Abstimmung.

- TOP 1.1** **Luftreinhaltung / Nachhaltige Mobilität**
- **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2018**
-

Vorl.Nr. 179/18

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der modifizierte Antrag mit der Vorl. Nr. 179/18 wird mit 14 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
 Stadträtin Dr. Traub
 Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Während des Beratungsverlaufes wird über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorl. Nr. 179/18) beraten und in modifizierter Form abgestimmt. Der modifizierte Antrag wird von Stadtrat Prof. **Vierling** formuliert. Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 1 verwiesen.

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg wird beauftragt, mit dem VVS und ggf. weiteren Beteiligten die Einführung eines Pilotprojektes „Stadtticket Ludwigsburg“ voranzutreiben, das folgende zwei Tarifmodelle umfasst:
 - a) Stadtticket 1 Person (3,00 €, Tagesticket für beliebig viele Fahrten an einem Tag innerhalb Ludwigsburgs)
 - b) Stadtticket Gruppe (6,00 €, max. 5 Personen, Tagesticket für beliebig viele Fahrten an einem Tag innerhalb Ludwigsburgs)
2. Die Einführung soll zum 1. August 2018 beginnen. Bis spätestens 1. Januar 2019 soll der Verkauf über alle Vertriebskanäle möglich sein.
3. Das Stadtticket wird zunächst bis 31.12.2019 (Pilotzeitraum = ca. 1,5 Jahre) befristet und während dieser Zeit evaluiert.
4. Für die Finanzierung von Deckungslücken rabattierter Stadttarife werden im Haushalt 2019 700.000 Euro bereitgestellt, einschließlich einer finanziellen Beteiligung an der Evaluation.
5. Parallel zur Einführung der Tarife nach Nr. 1 prüft der VVS die finanziellen Auswirkungen
 - a) eines kostenlosen Busverkehrs in Ludwigsburg an Samstagen sowie
 - b) das Ticketmodell „4er-Ticket“ (6 €, entspricht vier Fahrten à 1,50 €).
6. In der Evaluation werden sowohl betriebliche Aspekte (Auswirkungen auf Pünktlichkeit, Platzkapazitäten) als auch die tatsächlichen Wirkungen auf die Absatz- und Umsatzzahlen beleuchtet. Überzahlungen der Stadt an den VVS sind der Stadt gutzuschreiben. Unterzahlungen sind von der Stadt dem VVS gegenüber auszugleichen.
7. Die Stadt Ludwigsburg wird beauftragt, gemeinsam mit dem VVS eine beihilferechtskonforme Lösung zur Ausgestaltung der Ausgleichsleistungen zu entwickeln. Hierfür ist ein Fachanwalt zu beauftragen. Die Kosten werden hälftig durch die Stadt und den VVS getragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadtrat Seybold
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet OBM Spec die Aussprache.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sieht diese Maßnahme als schnell wirksam und er verbuche diesen Etappensieg als Erfolg. In die Infrastruktur müsse investiert werden. Das Endziel sei ein kostenloser Nahverkehr. Er wolle an dem ursprünglichen Ziel an einem noch preisgünstigeren Ticket festhalten.

BM **Ilk** weist auf den einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt hin. Die Erfahrungswerte werden gesammelt, ausgewertet und hierüber berichtet. Aus diesem

Grunde sei in der Vorlage eine Begrenzung vorgesehen. Weiter geht er auf das kostenlose

Samstagsticket ein. Dieses Thema werde im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt diskutiert. Der VVS habe die Kosten für ein kostenloses Samstagsticket in Höhe von 6.600,-- Euro pro Samstag errechnet.

Der Vorlage zustimmen werde Stadtrat **Heer**. Dennoch wolle er darauf hinweisen, dass der VVS eine neue Tarifänderung plane. Er sei der Meinung, dass ein verbilligtes Stadtticket eingeführt und grundsätzlich in das neue Tarifmodell eingebunden werden solle. Man brauche mehr Mobilität im schienengebundenen Verkehr. Er sehe eine bessere Lösung im Gesamtverbund und nicht nur Insellösungen.

Für Stadtrat **Braumann** sei entscheidend, dass das Ticket für alle Beteiligten praktikabel und einfach, schnell verständlich sei. Er werde der Vorlage zustimmen. Weiter wolle er klarstellen, dass sich in den Taktzeiten, Anzahl der Fahrzeuge und Streckenführung nichts ändere. Das Thema Samstagsbusse solle erneut beraten werden. Hier fehlen noch Informationen zu den Gesamtkosten.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt fest, dass sich die Kosten für das kostenlose Samstagsticket auf 342.000,-- Euro im Jahr belaufen. Dieser Betrag sei deutlich niedriger als erwartet. Die damit verbundenen Potentiale sollen abgeschätzt werden, vor allem im Hinblick auf den Parksuchverkehr. Weiter geht er auf die Tarifzonenreform der VVS ein und sieht hier für Ludwigsburg große Vorteile und diese sollen unterstützt werden. Das Thema der überfüllten Busse und Bahnen solle nicht zu hoch gehängt werden. Die Nutzer kennen die Spitzenzeiten und vermeiden diese, die Berufstätigen nutzen die Gleitzeitregelung. Durch die Verbilligung gebe es erhebliche Potentiale in der bestehenden Infrastruktur weiterzukommen.

Stadtrat **Rothacker** begrüßt das Ticket und stimmt der Vorlage zu. Das Ticket solle simpel gestaltet werden. Ein Tarifdschunzel an den Automaten oder bei den Busfahrern solle vermieden werden. Wichtig sei ihm eine Berichterstattung bis Ende 2019 auch unter Berücksichtigung der Tarifreform. Mehr Busse gebe es durch diese Maßnahme nicht, wolle er klarstellen.

Stadtrat **Lettrari** geht auf die Ticketpreise ein. Er sehe für manchen Nutzer eine Kostenerhöhung. Weiter geht er auf die gängige Praxis im Busverkehr ein. Der Einstieg solle lediglich beim Busfahrer erfolgen, so könne auch eine Fahrscheinkontrolle gewährleistet werden.

OBM **Spec** geht auf die Diskussion um die Tarifstrukturreform mit einem Volumen von 42 Millionen Euro ein. Dies sei von den Städten und Gemeinden der Region Stuttgart zu begleichen. Weiter geht er auf die möglichen Konsequenzen in einer eventuellen Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer ein. In der Diskussion gehöre die Finanzierung in der Konsequenz mit in die Debatte. Er sehe das Stadtticket als eine vernünftige und gute Maßnahme und wolle über diese Vorlage abstimmen.

Stadtrat **Prof. Vierling** finde es ungünstig einen Eindruck zu erwecken, dass die Stadt Ludwigsburg sich gegen eine mögliche Tarifzonenreform stelle und Gegenargumente vorgebracht werden. Schnell zu ergreifende Maßnahmen sollen nicht verhindert oder verschoben werden. Weiter geht er auf die mögliche Nahverkehrsabgabe ein. Niedrigere Preise bewegen viele Menschen zum Umstieg.

OBM **Spec** entgegnet, dass er Wirkungen erzielen und Angebotsqualität verbessern wolle. OBM Spec lässt über die Vorlage abstimmen.

abweichender Beschluss:

Für die Stadtteile Weststadt und Oststadt werden jeweils Stadtteilausschüsse eingerichtet. § 1 und § 2 der Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 18.12.1997 ~~wird~~ *werden* dahingehend geändert (s. Anlage 1). Diese Änderung tritt sofort in Kraft. Die übrigen Regelungen zum Geschäftsgang der Stadtteilausschüsse bleiben unverändert.

Die räumliche Abgrenzung der beiden neuen Stadtteilausschüsse für die Weststadt und Oststadt entspricht der Einteilung nach den Stadtteilen (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadtrat Seybold
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Kreiser** teilt mit, dass die Stadtteilausschüsse ein wichtiges Gremium seien. Weiter geht sie auf die Historie ein. Es handle sich um bevölkerungsstarke Stadtteile mit großem Umbruch. Der Vorlage werde zugestimmt.

Stadtrat **Prof. Vierling** spricht das Prinzip der Gleichheit an. Die Innenstadt, wie auch die Südstadt, müssten nachziehen. Als Voraussetzung müssen entsprechende Stellenausstattungen zur Verfügung gestellt werden.

Stadträtin **Liepins** stimme der Vorlage zu und erinnert an die Absprache im Ältestenrat. Hier sei besprochen worden, dass kein Wortbeitrag zu diesem TOP erfolgen werde. Weiter verweist sie auf ihren Wortbeitrag zu diesem Thema im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung.

Stadtrat **Heer** merkt an, dass er nicht im Ältestenrat und über die Absprache nicht informiert gewesen sei. Er werde der Vorlage zustimmen.

Absprachen aus dem Ältestenrat seien den Gemeinderatsmitgliedern, die nicht im Ältestenrat seien, bekanntzugeben, fordert Stadträtin **Burkhardt**.

Die Angliederung der Weststadt an den Stadtteil Pflugfelden wäre sinnvoller gewesen, so Stadtrat

Noz. Er stimme der Vorlage zu, dennoch hoffe er auf eine Nachbesserung. Pflugfelden habe eine gewachsene Struktur. Dies gebe es in der Weststadt nicht. Hier hätte eine Integration stattfinden können. Er gehe davon aus, dass sich aufgrund eines fehlenden Zusammengehörigkeitsgefühls entsprechende Strukturen nicht bilden.

Ihrem Vorredner widersprechen wolle Stadträtin **Dr. Knoß**. Die Weststadt besitze eine Identität und Vernetzung und geht auf diverse Aktivitäten ein.

OBM **Spec** verweist auf den geänderten einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, wie oben kursiv und gestrichen eingefügt, und lässt abstimmen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.



- II. Der Bebauungsplanentwurf „Ingersheimer Straße West“ Nr. 074/15 vom 23.03.2018 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften vom 23.03.2018 beschlossen. Es gilt die Begründung vom 23.03.2018.
- III. Es wird das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadtrat Meyer
Stadtrat Seybold
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag erwünscht ist, eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

Stadtrat **Link** wünsche sich, dass auf die Anregungen aus der Nachbarschaft eingegangen werde.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass dies im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zugesagt worden sei. Sie werde beide Bebauungspläne ablehnen und verweist auf ihre Begründung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

BM **Ilk** informiert, dass ein Termin mit den Betroffenen bereits vereinbart sei.

OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen.

Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadtrat Meyer
Stadtrat Seybold
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache erwünscht wird, lässt OBM Spec über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt abstimmen.

abweichender Beschluss:

Der/die jeweilige Oberbürgermeister/in der Stadt Ludwigsburg wird bis auf Weiteres als städtische(r) Vertreter(in) in den Aufsichtsrat der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg GmbH entsendet.

Zu seinem/ihrer Stellvertreter als Aufsichtsrat wird *der Leiter/die Leiterin des Fachbereiches Kunst und Kultur* ~~Frau Wiebke Richert (Fachbereichsleiterin Kunst und Kultur)~~ benannt.

~~Darüber hinaus wird der/die Oberbürgermeister/in ermächtigt, künftig seinen/ihren Stellvertreter als Aufsichtsrat aus dem Kreis der Fachbereichsleiter der Stadt Ludwigsburg zu benennen.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadtrat Meyer
Stadtrat Seybold
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann
OBM Spec (befangen)

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache erwünscht wird, wird über die geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, wie oben kursiv und gestrichen eingefügt, abgestimmt.

Beschluss:

Der Gemeinderat Ludwigsburg beschließt den Beitritt in das "Gesunde Städte-Netzwerk" zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
 Stadtrat Meyer
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Dr. Traub
 Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache erwünscht ist, stellt OBM **Spec** die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbandes KDRS zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KIVBF und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT zum 01.07.2018 zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister oder eine von ihm beauftragte Amtsperson, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDRS die Organe des Zweckverbandes zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbandes KDRS zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR)
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
 Stadtrat Meyer
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Dr. Traub
 Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** stellt die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Abstimmung. Im Anschluss beendet er den öffentlichen Teil der Sitzung.